

Fernstraßenbau mittleres Ruhrgebiet

In namentlicher Abstimmung lehnte die SPD-/GRÜNE-Mehrheit des Landtags am 19. November den CDU-Antrag „Fernstraßenbau im mittleren Ruhrgebiet“ (Drs. 12/2386) gemäß Empfehlung des Verkehrsausschusses (Drs. 12/2573) ab.

Oliver Wittke (CDU) erinnerte an den Bonner „Verkehrsgipfel“ vom 3. September mit bahnbrechenden und absolut neuen Vereinbarungen für das jahrelange Problem. Ein Ende der Belastungen für Bürger und Wirtschaft des Ruhrgebiets sei absehbar gewesen durch den überfälligen Ausbau der A 40. Die CDU wolle schnellstmögliche Verwirklichung der Bochumer Lösung, Anbindung des Opel-Werkes an die A 43, sechsstreifigen Ausbau der A 40 Stahlhausen bis Gelsenkirchen und den Lückenschluß A 52 zwischen Essen-Ost und -Nord, der jetzt in den vordringlichen Bedarf gebracht werde. Bonn realisiere nur eine Paketlösung mit allen Beteiligten. Sonst werde der Verkehrsfarkt zum Dauerzustand. Es gehe jetzt um ein eindeutiges Signal des NRW-Landtags an den Bund, daß Minister Clement nicht im Alleingang zugesagt habe und nun Taten folgen lasse.

Heinz Wirtz (SPD) verwies auf seine Plenarde von 5. März dazu und nannte die Gesprächsergebnisse von Clement erfreulich. Mit geringerem Aufwand seien erhebliche Verbesserungen der Mobilität zu erreichen und Ressourcen zu schonen. Straßenbeförderte Güter stünden ihrer Verwertung schneller zur Verfügung. Die SPD stehe hinter diesen Vereinbarungen. Vermessung, Planung bis zur Baureife würden bereits umgesetzt. Die Menschen in der Region wollten die Schuppe in die Hand nehmen, arbeiten und erwarteten das nötige Geld aus Bonn. Der Begrüßungsantrag der CDU bewege nichts und werde deshalb abgelehnt.

Johannes Remmel (GRÜNE) hielt ebenfalls von Begrüßungsritualen nichts und von handfester tatsächlicher Politik sehr viel. Die

Fortschreibung des Bedarfsplans, und damit aller NRW-Maßnahmen, stehe ab dem Jahr 2000 an. Die GRÜNEN lehnten Teile des Bonner Pakets ab, bei denen es noch Prüfungsbedarf gebe. Nur durch eine integrierte regionale Verkehrsverteilung könne Mobilität im Ruhrgebiet gesichert werden. Die CDU wolle einfach bei Stau eine neue Straße. Die Bonner Gutachter stuften die A 40 selbst nach dem Ausbau als überlastet ein. Fernstraßenbau im Ruhrgebiet ziehe eine Verdoppelung der Verkehrsbelastung nach sich. Viele Verkehrsprobleme seien hausgemacht. Im Ruhrgebiet wachse der Kurzstrecken- und Freizeitverkehr mehr als der Transitverkehr. Verhaltensänderungen, Ausbau des Umweltverbunds, neue Leistungen, ein intelligentes Verkehrsmanagement seien nach Ansicht des Kommunalverbands Ruhrgebiet der Schlüssel zur Verkehrswende.

Verkehrsminister Wolfgang Clement (SPD) bestätigte die Verständigung über die Heraufstufung der A 40 mit dem Bundesverkehrsminister, Zurückstufung der DüBoDo und die Notwendigkeit von Schienenverkehrsoptimierung. Grußadressen und Anforderungen an die Landesregierung seien überflüssig.

Oliver Wittke (CDU) forderte die GRÜNEN auf, wie die SPD ihr Einverständnis mit den Inhalten des Antrags zu erklären. Der große Streit zwischen SPD und GRÜNEN werde verschwiegen. Es sei traurig, wie sich die ehemals mächtige einflussreiche SPD-Fraktion am grünen Nasenring durch die Arena führen lasse. Die CDU wolle die Projekte schnell und ohne grünes Störfeuer über die Bühne bringen.

Minister Wolfgang Clement (SPD) wiederholte, über die Projekte entscheide der Bundesgesetzgeber. Sie würden wie geplant durchgeführt. Heinz Hunger (SPD) versicherte, die SPD unterstütze voll die Verkehrspolitik dieser Landesregierung und stimme dem von Clement ausgehandelten Paket ausdrücklich zu.

Volkmar Klein (CDU) wunderte sich über die Äußerungen und das negative Ergebnis von Lohnsteuerrückzahlungen aus Sparmodellen für ostdeutsche Investitionen für falsch ausgeschachtet. In NRW seien in den sieben Wochen bis Jahresende nennenswerte Beträge einzusparen. Erlöse aus Verkäufen dürften nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Und eine globale Minderausgabe ohne Transparenz und ohne Landtag dürfe es nicht geben.

Reinhold Trinius (SPD) sagte, erstmals brächen die Landessteuern zusammen, gingen Erbschaftsteuereinnahmen zurück und breche die Grunderwerbsteuer weg, wirke sich die Abschaffung der Vermögenssteuer aus. Damit sei die Geschäftsgrundlage kaputt. Es gehe um Systemfehler und um die Grenze des Wirtschaftssteuerns durch Steuerpolitik. Die drei Landtagsparteien sollten sich so schnell wie möglich zusammenraufen und die FDP zurückpfeifen, um das Gemeinwohl wiederherzustellen.

CDU-Antrag abgelehnt

Weiter Zwangsbelegung von Sozialwohnungen

Den CDU-Antrag „Zwangsbelegungsverordnung für Sozialwohnungen muß aufgegeben werden“ (Drs. 12/2554) überwies der Landtag nach der Aussprache im Plenum am 20. November in die Ausschüßberatung.

Siegfried Zellnig (CDU) begründete den Antrag mit der Absicht, die Überlassungsverordnung vom 1. Juli 1997 ersatzlos zu streichen. Die Zwangsbelegung sei überflüssig, mit erhöhtem Verwaltungsaufwand verbunden, schrecke Investoren ab und sei sozialpolitisch unsinnig. Selbst die gemeinnützige Wohnungswirtschaft halte die Verordnung für eine Duftmarke des rot-grünen Bauministers Vesper. Nach ausführlicher Darstellung der frei vereinbarten Belegungspolitik von 1994 bis 1996 erklärte Zellnig, der neue GRÜNE Wohnungsbauminister habe 1997 plötzlich die unsinnige, überflüssige Verordnung durchgesetzt.

Gerd-Peter Wolf (SPD) widersprach, die NRW-Verordnung sei nicht das zentrale Investitionshindernis, sondern die Sättigung der Märkte und eine negative Einkommensentwicklung. Die Verordnung sei jetzt sechs Wochen in Kraft. Die Praxis solle weiter geprüft werden. Es gebe keinen einheitlichen Wohnungsmarkt, sondern sehr viele Unterschiede. Die vielen privaten Investoren sollten eingebunden werden. Die Verordnung werde in 36 von 396 Städten angewandt. Das zeige den großen Gestaltungsspielraum. Fördergeld für den Bau von 27 000 Wohnungen stehe bereit. Die Wirkung des vom Bauministerium vorgelegten vernünftigen Vorschlags solle ein halbes Jahr abgewartet werden.

Hedwig Tarner (GRÜNE) vermutete, der CDU-Antrag sei nicht so ernst gemeint und nur die Suche nach einem Thema schwieriger rot-grüner Zusammenarbeit. Seit Anfang der 90er Jahre seien immer mehr Menschen ohne angemessenen Wohnraum. Nur mit Neubau komme die Wohnungspolitik nicht gegen den Bedarf an. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und Teile der SPD hätten mit viel Anstrengung die Verordnung verhindern wollen. Freiwillige Belegungen seien vereinbart worden. Aber Privateigentümer seien nicht mit erfaßt worden. Das Land stelle Investoren Geld zur Verfügung und wolle dafür auch Leistung bekommen. Nach der neuen Verordnung würden drei Mietparteien vorgeschlagen. Eine davon sei zu nehmen, bei schwerwiegenden Gründen alle drei sogar abzulehnen. Die 36 Kommunen seien sorgfältig ausgesucht worden.

Wohnungsminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) hielt der CDU Wohnungspolitik von vorgestern vor und verteidigte die Verordnung mit hoher Nachfrage nach Sozialwohnungen. Die betroffenen Gemeinden seien bei der Versorgung gestärkt worden. Trotz langer Vorlaufzeit seien nur drei freiwillige Belegungsvereinbarungen abgeschlossen worden. Auch mit der Verordnung seien noch Kooperationsverträge möglich. Eine Aussetzung der Verordnung komme nicht in Betracht.

SPD für ...

(Fortsetzung von Seite 15)

Abschreibungskünstele geöffnet, so daß beim Staat nichts mehr reinkomme. Steuerfrust verstärke die Steuerunehrlichkeit. Beschäftigte aus Hochlohnbranchen würden in Niedriglohnsektoren weggedrückt.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) bestätigte eine noch nie dagewesene Krise der Staatsfinanzen. Trotz 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum gebe es 0,6 Prozent weniger Steuereinnahmen. Die Einkommensteuer sei zu einer Bagatelsteuer geworden. NRW müsse mit Ausfällen von zwei Milliarden und 300 Millionen Mark Mehrbelastung im Finanzausgleich rechnen. Die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 1998 werde dem Landtag in der kommenden Woche zugeleitet. Eine Haushaltssperre mache keinen Sinn. Die Bonner Union sei mit einer Steuerpolitik der Vernunft an der FDP gescheitert. Die SPD wäre auch zu höherer Mehrwert- und Mineralölsteuer bereit.